

Haushaltsrede Andreas Bernhardt, Oberurseler Bürgergemeinschaft (OBG), 17 Dezember 2020.
Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung Oberursel (Taunus)

Frau Ausschussvorsitzende,
meine Damen und Herren,

es ist schon fast ein Ritual der letzten Jahre. Oberursel stellt seinen Haushalt auf. Aber nicht nach der Priorität Ausgaben zu senken und eigenes Tun und Handeln im Sinne der Bürgerinnen und Bürger kritisch zu hinterfragen, sondern nach der Maßregel, wie bekommen wir es hin, dass der Haushalt genehmigungsfähig ist. Aus Sicht der OBG und aus Sicht von mir persönlich der falsche Ansatz. Ausgaben sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und das Machbare muss vor dem Wünschenswerten kommen. Es scheint bei der Stadtspitze wohl auch noch nicht angekommen zu sein, dass die fetten Jahre jetzt erst mal vorbei sind. In den kommenden Jahren wird sich das noch viel spürbarer im Haushalt bemerkbar machen, wenn die Betriebe dann die Steuerabrechnungen für 2020 und 2021 machen.

Nicht im November hat das Stadtparlament, wie geplant, sondern erst heute wird in einer Notsitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Haushalt 2021 verabschiedet. Der Magistrat hatte mit Blick auf sich abzeichnende gravierende Veränderungen um Verschiebung gebeten. So weit so gut. Nun sind die neuesten Steuerschätzungen in der Planung enthalten, aber auch sind uns Gewerbesteuernachzahlungen zugeflogen. Insgesamt wird sich der Überschuss in diesem Jahr noch mal um 6 Millionen erhöhen. Diese gehen in die Rücklagen und lassen den vorgelegten geänderten Plan nun genehmigungsfähig werden.

Besonders mit den unerwartet mehr zugeflossenen 6 Millionen hätten wir gerne etwas anderes gemacht, als künftige Defizite damit auszugleichen. Wir hätten sie für die anstehenden großen Investitionen Gefahrenabwehrzentrum, Rathaussanierung und für die Anbindung der Nassauer Straße an die Weingärtenumgehung einsetzen können. Auch haben wir in der OBG-Fraktion darüber diskutiert, ob wir es nicht anderen Städten wie zum Beispiel Hanau und Offenbach gleichtun sollten, nämlich ein kommunales Corona-Konjunkturpaket aufzulegen. Uns schwebte ein Umfang von einer Million Euro vor. Dann wären noch 5 Millionen aus den zusätzlichen 6 Millionen (angenommener Rücklagenstand 2020: 18,7 Millionen) Überschuss für 2020 für andere Zwecke da gewesen. Dieses Konjunkturpaket hätten Gewerbe, Vereinen und unseren Künstlern helfen können, besser durch die Pandemie zu kommen. Geschäfte und Gastwirtschaften die Corona nicht überstehen können, werden uns künftig sehr fehlen und eine Belebung der Innenstadt wird ferner als befürchtet. Wir als OBG haben es dann nicht beantragt, weil die Mittel nun nicht zur Verfügung stehen können.

Auch eine Tradition scheint mittlerweile zu sein, dass sich die Koalition die Zustimmung zum Haushalt bei den Grünen einkauft. Bereits für die Haushalte 2019 mit Einführung des Kleidergeldes für Mitarbeiter der städtischen Kindertagesstätten und 2020 die Zustimmung zum Klimawandelanpassungskonzept. Erstaunlich. Die Koalition, die nach eigener Erklärung ja nach den Wahlen weitermachen will, hat wohl große Angst, dass die eigene Mehrheit für den Haushalt nicht zusammen kommt. Die Wahlen zum Ersten Stadtrat am 16.11.2017 wirken noch nach. Hier war es der Koalition nicht gelungen das Tandem Schorr (CDU) und Runge (SPD) durchzubringen. Mindestens zwei Stadtverordnete von CDU und SPD

verweigerten der eigenen Koalition die Zustimmung. Das sind immerhin 10% der eigenen Leute gewesen.

Dieses Einkauf der Zustimmung zum Haushalt ist für die Grünen natürlich ein großer Erfolg. Glückwunsch. Eigentlich können CDU und SPD ihre Bewerber zur Bürgermeisterwahl schon zurück ziehen. Sie folgen ja am Ende des Tages sowieso Herrn Fink. Ich erinnere daran, dass für den Haushalt dieses Jahres eine Erhöhung der Kinderbetreuungsgebühren mit 500.00 eingerechnet war. Diese sollte dann, so war Beschlusslage, mit der Einführung von einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgebühren umgesetzt werden. Noch am 18. August 2020 stimmten CDU, SPD, OBG und Linke für diese Umsetzung. Erster Stadtrat Fink wollte das nicht. Klar, er muss sich als Kandidat ums Bürgermeisteramt besonders bei seiner Klientel ins Licht setzen. Corona und die zu spät angeforderte Stellungnahme des Stadelternbeirates sollen schuld gewesen sein, dass es hier nicht vorwärts ging. Man kann es glauben, aber man muss es, denke ich, aber nicht.

Und hier zeigt sich erneut, bei uns hier stimmt was nicht. 500.000 waren im letzten Haushalt eingeplant. In der Haushaltsrede des Kämmerers Brum am 1. Oktober.2020 kam noch mal der klare Appell, dass der Deckungsgrad bei der Kinderbetreuung erhöht werden muss. Vergessen wir nicht, es kommen in den nächsten Jahren noch viele neue Kinder in die Betreuung aus den Baugebieten die jetzt fertiggestellt werden. Wie sollen wir die Kosten für die Errichtung neuer Einrichtungen bezahlen? Wie können wir die laufenden Zuschüsse und Unterdeckungen der zusätzlichen Plätze finanzieren?

Zurück zum aktuellen Thema. Die beschlossene Anpassung für 2020 von 500.000 fehlt im Haushaltsplan für 2021. Das ist ein Novum, dass beschlossene Zahlen nicht fortgeschrieben werden. In den Haushaltsberatungen und Protokollen geisterten viele Zahlen, ob und wie hoch eine Erhöhung der Gebühren enthalten sei. Absolutes Zahlenchaos. Richtig verständlich aufgelöst wurde das nicht. Auch interessant, dass die Koalitionsfraktionen dem Erstens Stadtrat das alles durchgehen lassen.

Klar, wer ist schon vor Wahlen für die Erhöhung von Gebühren und Steuern. Aber was hier nun für Schauspiele aufgeführt werden ist, unglaublich. Noch vor einigen Jahren kritisierten genau die Fraktionen den Vorgänger von Herrn Fink, Dieter Rosentreter (FDP), da dieser zu lange mit den Anpassungen der Gebühren zugewartet habe und dann am Ende sehr hohe Anpassungen erfolgen mussten. Und nun? Machen CDU, SPD und Grüne genau das Gleiche. 3 Jahre ohne Anpassung, obwohl die Anpassung sogar in der entsprechenden Satzung festgehalten ist. Lohn und Raumkosten steigen kontinuierlich. Es ist vollkommen klar, nach den Kommunalwahlen im kommenden März können sich künftige Elterngenerationen auf hohe Steigerungen einstellen. Dann wird der Aufschrei noch größer sein. Dann natürlich zu recht. Ein wahltechnisches Taktieren mit Betreuungsgebühren ist unredlich. Wir müssen den Menschen doch ehrlich sagen, dass es leider nicht anders geht.

Seit Jahren fordert die OBG, dass die Stadt ihre Trägerschaft an freie Träger abgeben soll. Die Kosten der stadteigenen Betreuungseinrichtungen liegen deutlich über den der freien Träger. Noch nicht mal eine erstgemeinte Prüfung mit einem Umsetzungskonzept zur Reduzierung der städtischen Einrichtungen war gewollt. Es wird nun darauf hinaus laufen, die Stadt prüft selbst. Wer schafft sich denn selbst ab?

Das Gescharre von CDU, SPD und Grünen erreichte seinen Höhepunkt darin, dass der Griff des Landes Hessen durch Einführung der Heimatumlage zwar kritisiert, aber keine Bereitschaft besteht gegen das Land zu klagen. Über 2 Millionen Euro jährlich entscheidet nun das Land, nicht die Stadtverordneten. Die Partei bzw. bei der SPD die Koalition, werden über die Interessen der Stadt gestellt. Der Hessische Städtetag kam unmissverständlich zur Auffassung, dass hier vom Land verfassungswidrig gehandelt wird. Wichtige Informationen wurden teilweise nur in Sitzungen hinter verschlossenen Türen gegeben. Es wurde von einer Normenkontrollklage geredet und gehofft, dass Frankfurt klagen wird. Wissen wir alles nur vom Hörensagen und auch nicht, ob Oberursels Interessen dann gewahrt werden können. Es gilt festzuhalten, Oberursel macht den Zahlmeister und hat die Hosen voll gegen das Land ein deutliches Veto einzulegen. Dann braucht sich künftig keiner wundern, wenn das Land Hessen künftig wieder mit solchen Gesetzen zu Lasten der Oberurseler Stadtkasse kommt.

Das Tafelsilber wird weiter verkauft. Nach der Ära Brum werden wir im Besteckkasten der Stadt nur noch ein paar wenige Espressolöffel und einen Haufen Krümel vorfinden. Investitionen sollen weiterhin aus der Veräußerung von Grundstücken finanziert werden. Kann unmöglich so weiter gehen. Trotz, dass Oberursel bereits Spitzenreiter bei Grund- und Gewerbesteuer in unserer Gegend ist, soll im nächsten Jahr der Ergebnishaushalt, also der Saldo aus den normalen Einnahmen und Ausgaben, mit rund 10 Millionen Minus abschließen.

Unser Dank gilt den Bemühungen der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen. Besonders an Frau Schimanski-Sippel und Herrn Heinze.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Koalitionsfraktionen, zu denen die Grünen nun auch gerechnet werden müssen, alle Anträge der echten Oppositionsfraktionen abgelehnt haben. Es wird also ein „weiter so“ geben und Oberursel steuert mit höherer Geschwindigkeit der finanziellen Handlungsunfähigkeit weiter zu. Ich appelliere an alle Mitglieder dieses Hauses diesen Haushalt abzulehnen. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden an der Stadtkasse nicht unbeschadet vorüberziehen. Und es wird sich dann auch nicht helfen, dem Ruheständler Brum alles in die Schuhe zu schieben. Es sind die Stadtverordneten, die in der Hauptsache über die zukünftige wirtschaftliche Situation der Stadt entscheiden.

Ich wünsche allen Zuhörern ein besinnliches Weihnachtsfest und kommen Sie und Ihre Familien möglichst gesund ins neue Jahr. Danke fürs Zuhören.